



März 2006

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Untersuchungsanlage

DeutschlandTREND März 2006

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.536 Befragte	
Erhebungszeitraum:	27. bis 28. Februar 2006 Sonntagsfrage: 27. Februar bis 01. März 2006	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Analyse

ARD-DeutschlandTREND März 2006

Die Vogelgrippe hat mittlerweile auch die Bundesrepublik erreicht. Nach Meinung von 38 Prozent der Bürger wird von den zuständigen Stellen alles Notwendige gegen eine weitere Ausbreitung der Tierseuche getan. 13 Prozent machen Versäumnisse aus. Die Mehrzahl von 45 Prozent der Bundesbürger glaubt jedoch, dass eine massenhafte Ausbreitung der Vogelgrippe gar nicht zu verhindern ist. In Mitteleuropa sind bislang noch keine Fälle bekannt geworden, bei denen sich Menschen mit der Viruserkrankung infiziert haben. Die Mehrheit der Bevölkerung (60 Prozent) zeigt sich optimistisch, dass auch künftig aus der Vogelgrippe keine für den Menschen ansteckende Krankheit wird, weil alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um das zu verhindern.

Ende November wurde die neue Bundesregierung vereidigt – 100 Tage später wird eine erste Bilanz gezogen. Die Bevölkerung fällt ein verhalten positives Urteil: Für 52 Prozent hat Schwarz-Rot bis jetzt gute Arbeit geleistet. Was allerdings die Lösung der anstehenden Aufgaben betrifft, herrscht bei 58 Prozent die Meinung vor, dass die Problemlösungsfähigkeit der großen Koalition auch nicht größer ist als die von Rot-Grün. Möglicherweise wird dieser Eindruck durch die aktuellen Arbeitslosenzahlen verstärkt. Allerdings ist eine knappe Mehrheit (52 Prozent) überzeugt, dass eine Neuordnung des Arbeitsmarktes und des Gesundheitssystems nur mit der großen Koalition durchgesetzt werden kann.

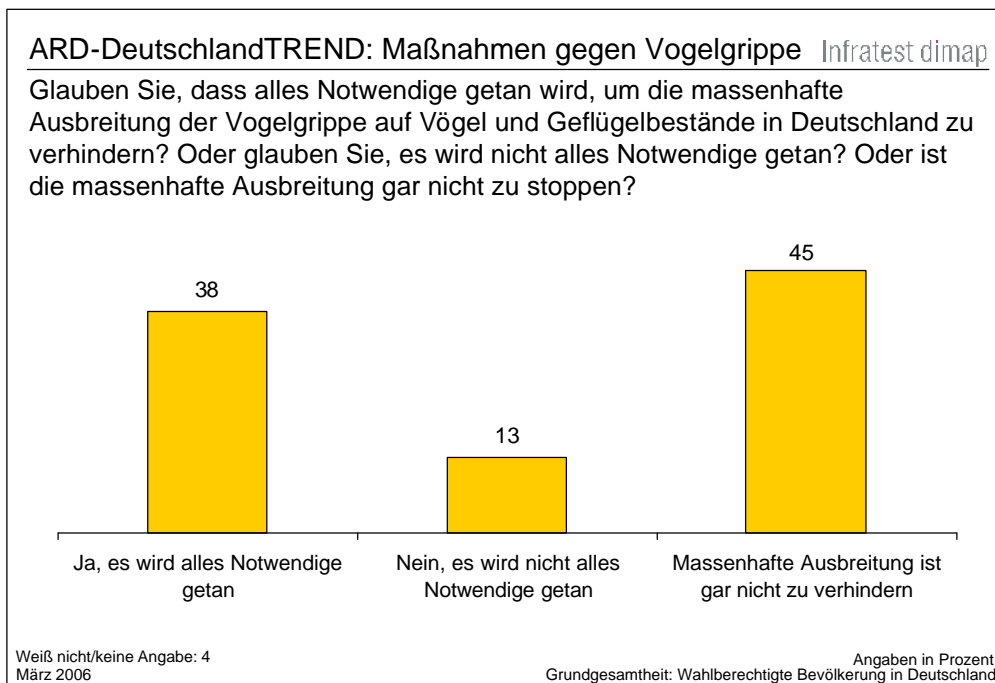
Angela Merkel ist trotz eines Minus von 6 Punkten weiterhin die mit Abstand beliebteste Politikerin in Deutschland: 74 Prozent sind mit ihrer Amtsführung zufrieden. Fast alle anderen Spitzenpolitiker müssen teils deutliche Sympathieverluste verkraften. Ausnahmen sind lediglich Außenminister Frank-Walter Steinmeier (Platz 2 mit 56 Prozent) und Verbraucherminister Horst Seehofer (Platz 3 mit 55 Prozent). Besonders kräftige Verluste müssen der SPD-Chef Platzeck (51 Prozent, -14), Arbeitsminister Müntefering (43 Prozent, -16) und Finanzminister Steinbrück (42 Prozent, -9) hinnehmen.

Würden die Wahlberechtigten bereits am nächsten Sonntag wieder an die Urnen gerufen, käme die CDU/CSU auf 41 Prozent der Stimmen, ein Minus von 1 Punkt im Vergleich zur Vorwoche. Auch die Sozialdemokraten verlieren 1 Punkt und erreichten einen Wähleranteil von 30 Prozent. Leichte Gewinne können sowohl die Liberalen mit derzeit 9 Prozent (+1) als auch die Grünen mit 10 Prozent (+1) verzeichnen. Die Linkspartei.PDS bliebe stabil mit 7 Prozent.

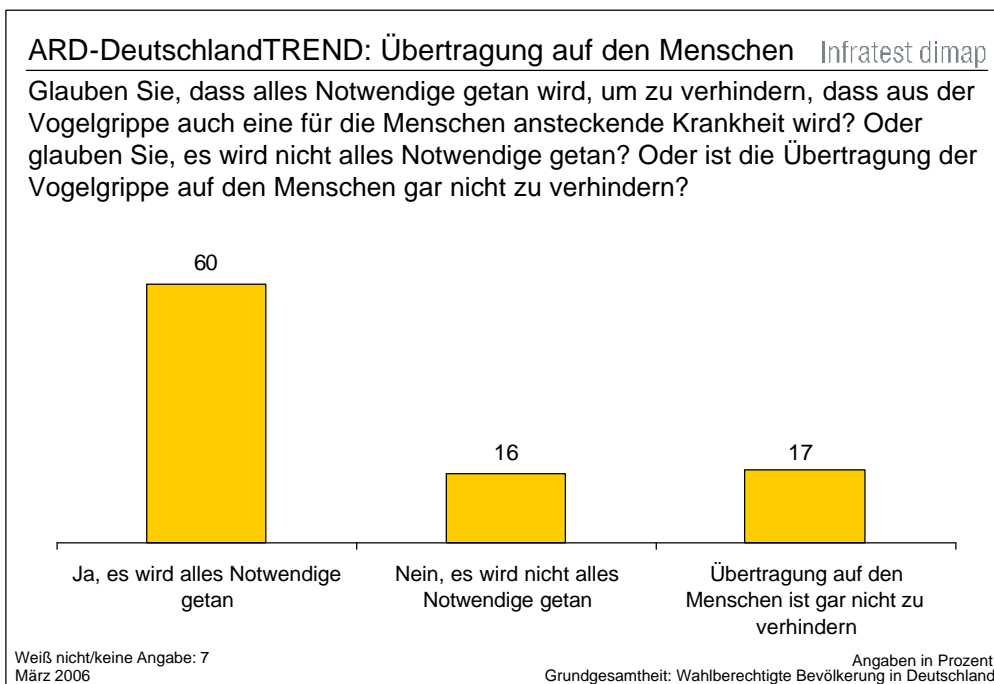
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom März, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von acht Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 27. bis 28. Februar 1.000, für die Sonntagsfrage vom 27. Februar bis 1. März 1.536 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Schutz der Bevölkerung vor der Vogelgrippe gewährleistet

Die Vogelgrippe hat mittlerweile auch die Bundesrepublik erreicht. Nach einem Massensterben von Wildvögeln auf der Insel Rügen sind weitere Erkrankungsfälle in mehreren anderen Bundesländern aufgetreten. Mit einer Reihe von Maßnahmen, z.B. der Stallpflicht für Nutztierbestände, soll eine epidemische Ausbreitung verhindert werden. Nach Meinung von 38 Prozent der Bevölkerung wird von den zuständigen Stellen alles Notwendige getan, um dieses Ziel zu erreichen, während eine kleine Gruppe von 13 Prozent Versäumnisse ausmacht und zusätzliche Maßnahmen einfordert. Die Mehrzahl von 45 Prozent der Bundesbürger glaubt andererseits ohnehin nicht, dass ein massenhaftes Übergreifen der Vogelgrippe überhaupt zu verhindern ist.

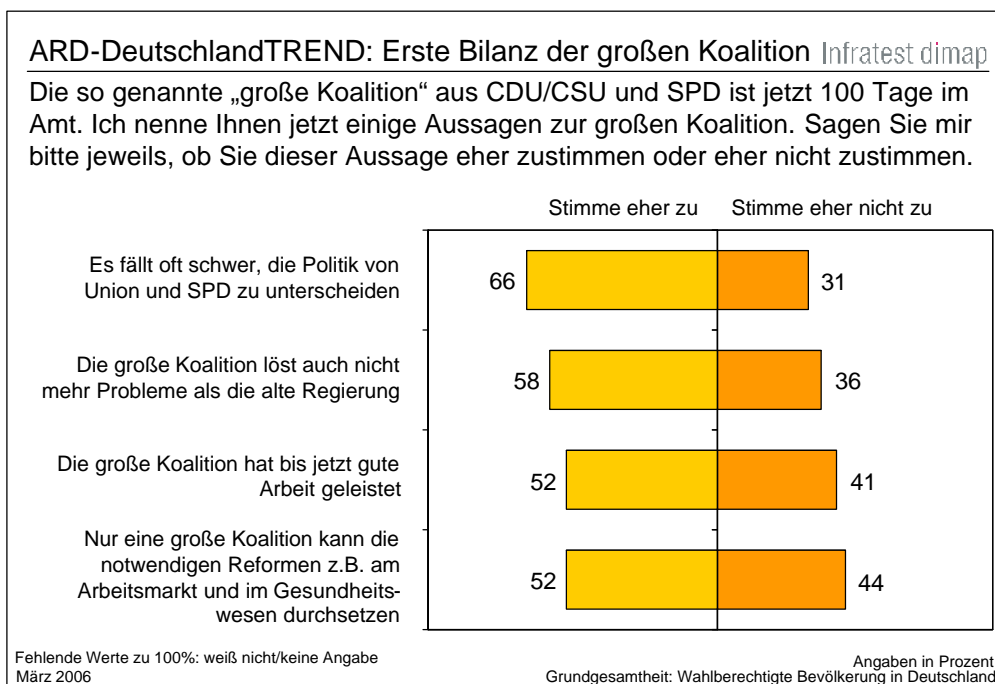


In Mitteleuropa sind bislang noch keine Fälle bekannt geworden, bei denen sich Menschen mit der Viruserkrankung infiziert haben. Eine Übertragung von Mensch zu Mensch gilt unter Experten derzeit noch als ausgeschlossen. Die Mehrheit der Bevölkerung (60 Prozent) zeigt sich optimistisch, dass auch künftig aus der Vogelgrippe keine für den Menschen ansteckende Krankheit wird, weil alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um das zu verhindern. Lediglich 16 Prozent halten die einschlägigen Bemühungen für unzureichend und ebenso viele (17 Prozent), befürchten, dass eine Übertragung auf den Menschen letztlich nicht verhindert werden kann.



100 Tage große Koalition: Verhalten positive Bilanz

Ende November wurde die neue Bundesregierung vereidigt – 100 Tage später ist die Schonfrist für die große Koalition vorbei und es wird eine erste Bilanz gezogen. Die Bevölkerung fällt ein verhalten positives Urteil: Für 52 Prozent hat Schwarz-Rot bis jetzt gute Arbeit geleistet. Der sachliche Umgangston und die recht harmonische Zusammenarbeit der Koalitionspartner kommen offenbar gut an – führen allerdings auch dazu, dass die Unterschiede zwischen Union und SPD immer undeutlicher werden: Zwei Drittel (66 Prozent) der Bürger können kaum noch unterschiedliche Positionen zwischen den Regierungsparteien ausmachen.

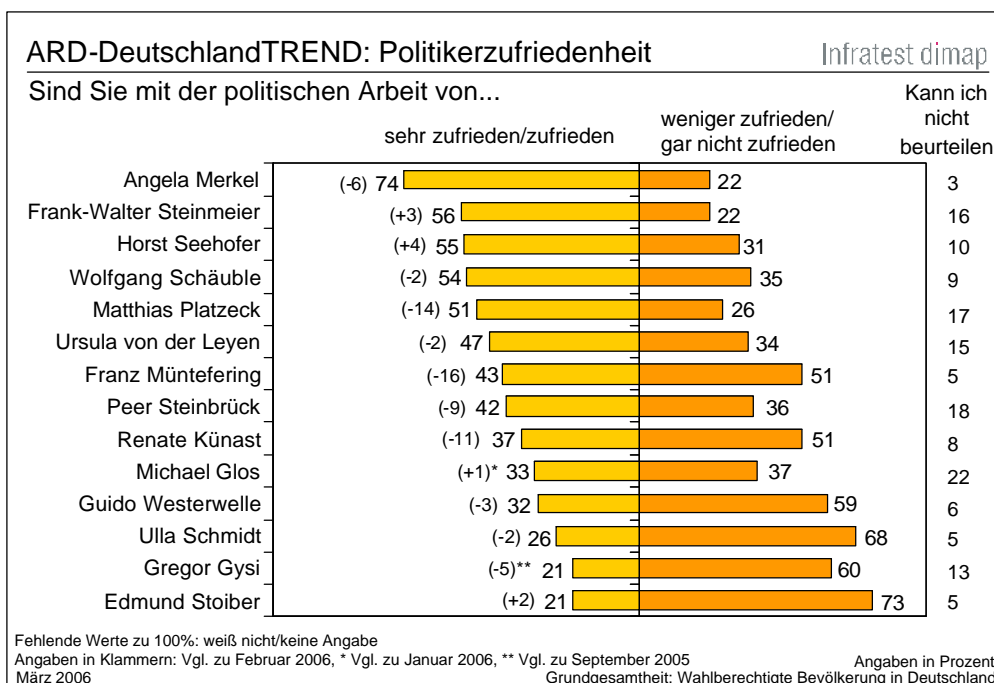


Kritiker der Regierungsbilanz machen innenpolitisch in Merkels "Politik der kleinen Schritte" mehr Stil als Substanz aus. Offenbar schließt sich derzeit eine Mehrheit der Deutschen diesem Eindruck an, denn 58 Prozent sind der Meinung, dass die Problemlösungsfähigkeit der großen Koalition – zumindest bisher – auch nicht größer ist als die von Rot-Grün. In Bezug auf die großen Reformprojekte – bei den Koalitionsverhandlungen wegen zu gegensätzlicher Positionen noch ausgespart – ist allerdings eine knappe Mehrheit (52 Prozent) überzeugt, dass eine Neuordnung des Arbeitsmarktes und des Gesundheitssystems nur mit der großen Koalition durchgesetzt werden kann.

Politikerzufriedenheit: Fast alle Politiker mit Ansehensverlust

Angela Merkel ist weiterhin die mit Abstand beliebteste Politikerin in Deutschland: 74 Prozent sind mit ihrer Amtsführung zufrieden. Mit einem Minus von 6 Punkten muss sie jedoch Sympathieeinbußen hinnehmen. Gleiches gilt für fast alle anderen Spitzenpolitiker. Nennenswerte Zugewinne verzeichnen lediglich der wegen der Vogelgrippe geforderte Landwirtschafts- und Verbraucherminister und der Außenminister. Frank-Walter Steinmeier kann sich dank eines Ansehensgewinns von 3 Punkten auf Platz zwei der Rangliste mit 56 Prozent wohlwollenden Urteilen vorarbeiten. Dicht dahinter folgt Horst Seehofer, mit dessen Arbeit 55 Prozent zufrieden sind (+4). Alle anderen Politiker müssen Ansehensverluste hinnehmen, zum Teil sogar zweistellig.

Besonders kräftige Verluste müssen aus den Reihen der Koalitionsparteien die SPD-Politiker hinnehmen. Dies gilt sowohl für den SPD-Vorsitzenden Matthias Platzeck (51 Prozent, -14), als auch für den Arbeits- und Sozialminister. Franz Münteferings Arbeit findet nur noch bei 43 Prozent Zuspruch, 16 Punkte weniger als im Vormonat – möglicherweise eine Reaktion auf die von ihm initiierte schnellere Anhebung des Renteneintrittsalters. Auch Finanzminister Peer Steinbrück muss ein kräftiges Minus von 9 Punkten verkraften und findet nur noch bei 42 Prozent Gefallen. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt findet sich, wie in den Monaten zuvor, am unteren Ende der Rangliste wieder (26 Prozent, -2).

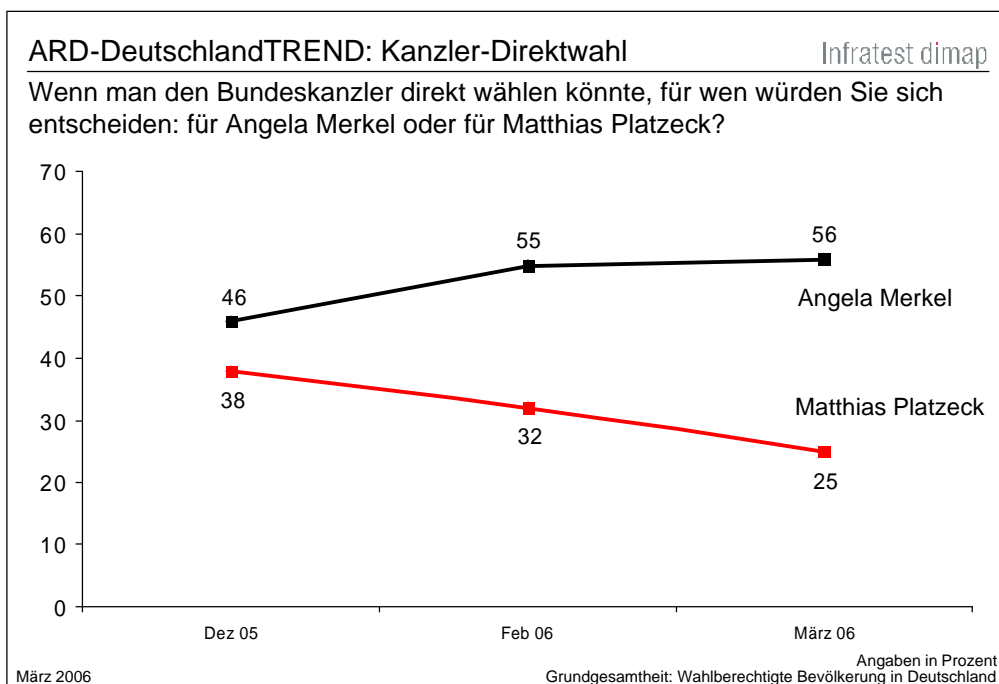


Die weiteren abgefragten Regierungsmitglieder der Union, Innenminister Wolfgang Schäuble (54 Prozent, -2), Familienministerin Ursula von der Leyen (47 Prozent, -2) und Wirtschaftsminister Michael Glos (33 Prozent) verzeichnen nur leichte Verluste bzw. halten ihre Bewertung stabil.

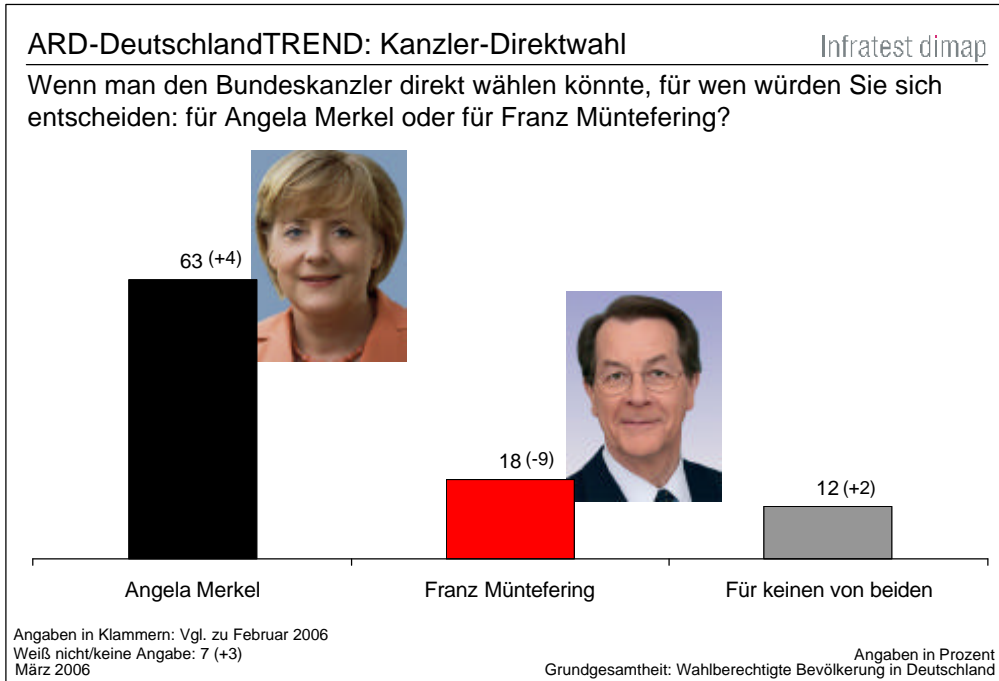
Die Leistung der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Renate Künast überzeugt nur noch 37 Prozent (-11). Trotz zweistelliger Verluste liegt sie damit noch deutlich vor ihrem Konkurrenten in der Opposition, dem FDP-Chef Guido Westerwelle (32 Prozent, -3). Die Schlusslichter der Rangliste bilden der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei Gregor Gysi (21 Prozent, -5) und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (21 Prozent, +2), die jeweils nur von einem Fünftel gute Noten für ihr politisches Wirken bekommen.

Kanzlerpräferenz: Klares Votum für Merkel

Mit ihrem Sympathiebonus kann Angela Merkel ihre beiden möglichen SPD-Herausforderer um das Kanzleramt weiterhin klar auf Abstand halten. Könnten die Bundesbürger den Regierungschef direkt bestimmen und hätten zwischen Merkel und Platzeck zu wählen, würden sich 56 Prozent für die CDU-Chefin und nur 25 Prozent für den SPD-Vorsitzenden entscheiden. Hieße der Herausforderer Franz Müntefering, fiel ihr Vorsprung sogar noch deutlicher aus: Die CDU-Vorsitzende könnte in dieser Konstellation 63 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, der Vizekanzler käme auf lediglich 18 Prozent.



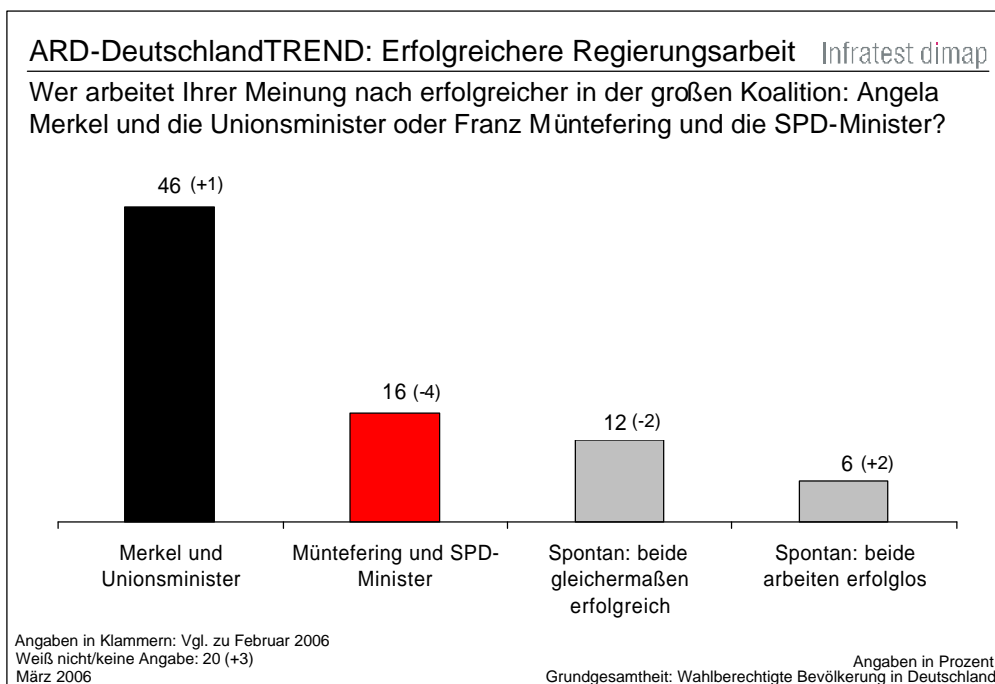
Damit kann Merkel ihren Vorsprung sowohl vor Platzeck (von 23 auf 31 Punkte) als auch vor Müntefering (von 32 auf 45 Punkte) im Vergleich zum Vormonat deutlich ausbauen. Dabei fällt der Zuspruch für Angela Merkel nicht wesentlich stärker aus als im Februar. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass beide Sozialdemokraten deutlich an Rückhalt eingebüßt haben, der SPD-Chef um 7 und der Vizekanzler um 9 Punkte.



Den SPD-Politikern fehlt bei dieser Frage der entschiedene Rückhalt in den eigenen Reihen. In beiden Konstellationen würden sich jeweils rund vier von zehn sozialdemokratischen Anhängern für die CDU-Frau entscheiden.

Union wird als erfolgreicherer Partner der Koalition gesehen

Fast jeder zweite Bundesbürger (46 Prozent) sieht in Angela Merkel und den Ministern der Union den erfolgreicherer Partner in der großen Koalition. Nur 16 Prozent vertreten die Auffassung, Franz Müntefering und die übrigen sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder würden die bessere Arbeit leisten. Gut jeder Zehnte (12 Prozent) vermag unter diesem Aspekt keine nennenswerten Unterschiede zwischen den beiden Seiten zu erkennen.

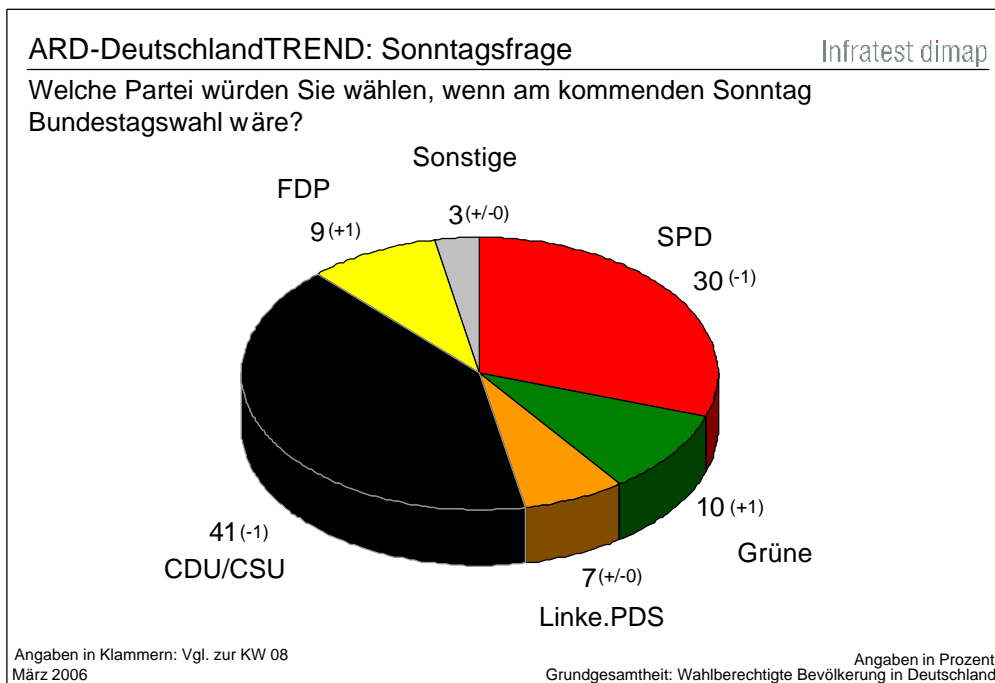


Während im Lager der CDU/CSU eine große Mehrheit von 70 Prozent die besseren Leistungen bei der eigenen Partei ausmacht, fallen die Bewertungen in den Reihen der SPD eher zwiespältig aus: 39 Prozent glauben, die eigene Partei leiste die effektivere Arbeit und 29 Prozent der SPD-Anhänger sprechen dies der Union zu.

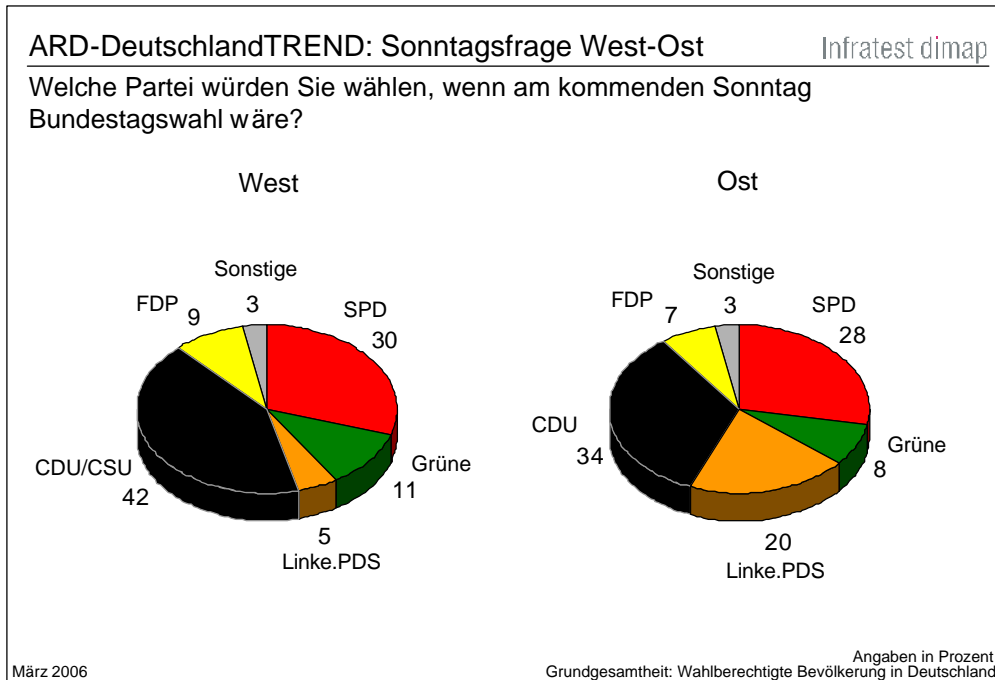
An den Einschätzungen zu dieser Frage haben sich weder bei der Bevölkerung insgesamt noch in den Anhängerschaften der Parteien nennenswerte Verschiebungen im Vergleich zum Februar ergeben.

Sonntagsfrage: CDU/CSU mit großem Abstand vor der SPD

Würden die Wahlberechtigten bereits am nächsten Sonntag wieder an die Urnen gerufen, wäre die Union mit großem Abstand vor den Sozialdemokraten stärkste Partei. Derzeit käme die CDU/CSU auf 41 Prozent der Stimmen, im Vergleich zur Vorwoche ist dies ein Minus von 1 Punkt. Auch die Sozialdemokraten verlieren 1 Punkt und würden einen Wähleranteil von 30 Prozent erreichen. Die Linkspartei.PDS könnte erneut 7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die beiden anderen Oppositionsparteien erzielen leichte Gewinne von jeweils 1 Punkt. Dadurch käme die FDP derzeit auf 9 Prozent, die Grünen auf 10 Prozent. Die Bündnisgrünen sind damit erstmals seit der Bundestagswahl wieder zweistellig.



Auch in den alten Bundesländern müssen beide Regierungsparteien Einbußen hinnehmen. Die Union kommt in Westdeutschland auf 42 Prozent (-2), die SPD auf 30 Prozent (-1). Die drei kleinen Parteien FDP (9 Prozent, +1), Linke (5 Prozent, +1) und Grüne (11 Prozent, +1) können jeweils einen Punkt zulegen.

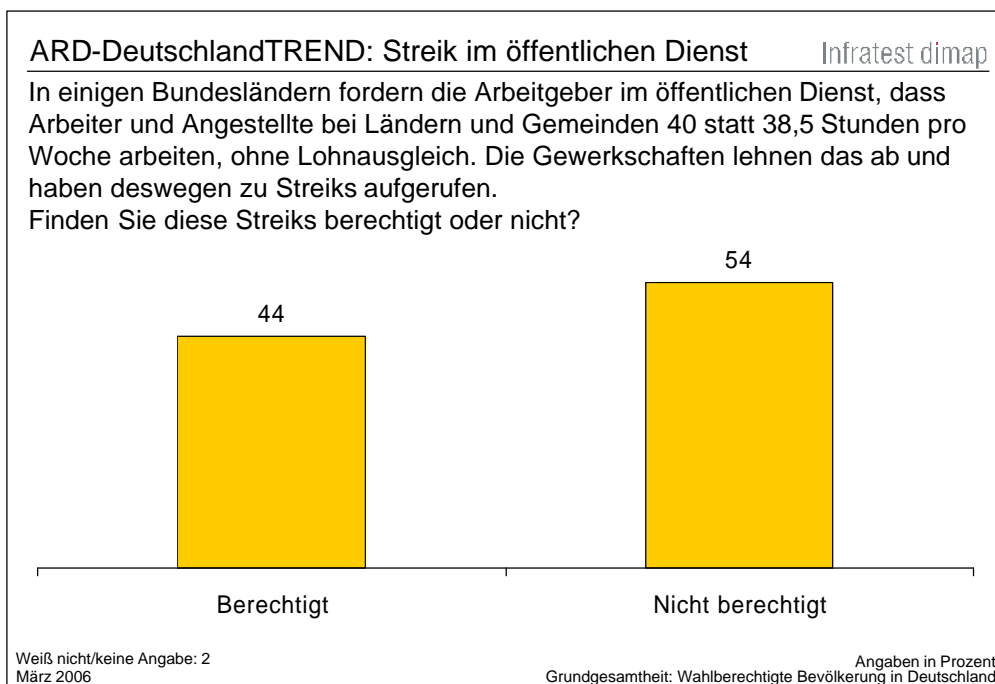


In den neuen Bundesländern ist die Entwicklung für die CDU gegenläufig, denn hier kann sie um 2 Punkte auf jetzt 34 Prozent zulegen. In gleichem Umfang verlieren die Sozialdemokraten und kommen nur noch auf einen Wähleranteil von 28 Prozent. Auch die Linkspartei.PDS muss Stimmen abgeben (20 Prozent, -2), während FDP (7 Prozent) und Grüne (8 Prozent) jeweils einen Punkt zulegen.

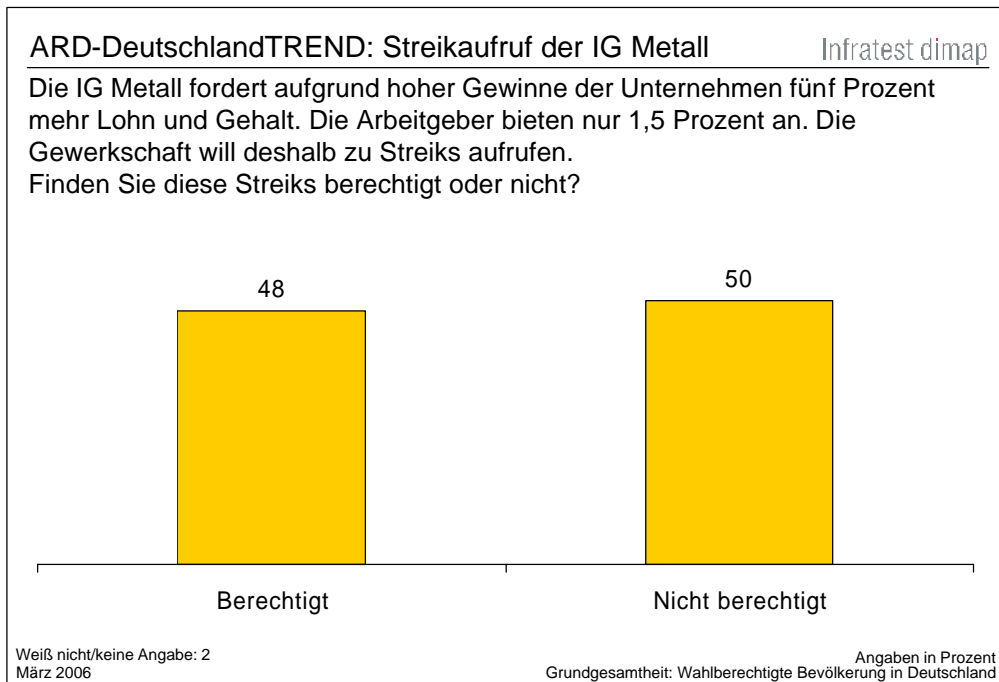
Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Streikaktionen der Gewerkschaften umstritten

Im öffentlichen Dienst finden seit einigen Wochen Streikaktionen statt mit dem Ziel, eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich zu verhindern. In diesen Tagen wird es zu ersten Streiks in der Metall- und Elektroindustrie kommen, um der Forderung der IG Metall nach einer Einkommenserhöhung von 5 Prozent Nachdruck zu verleihen. Beide Streikbewegungen sind bei der Bevölkerung sehr umstritten.



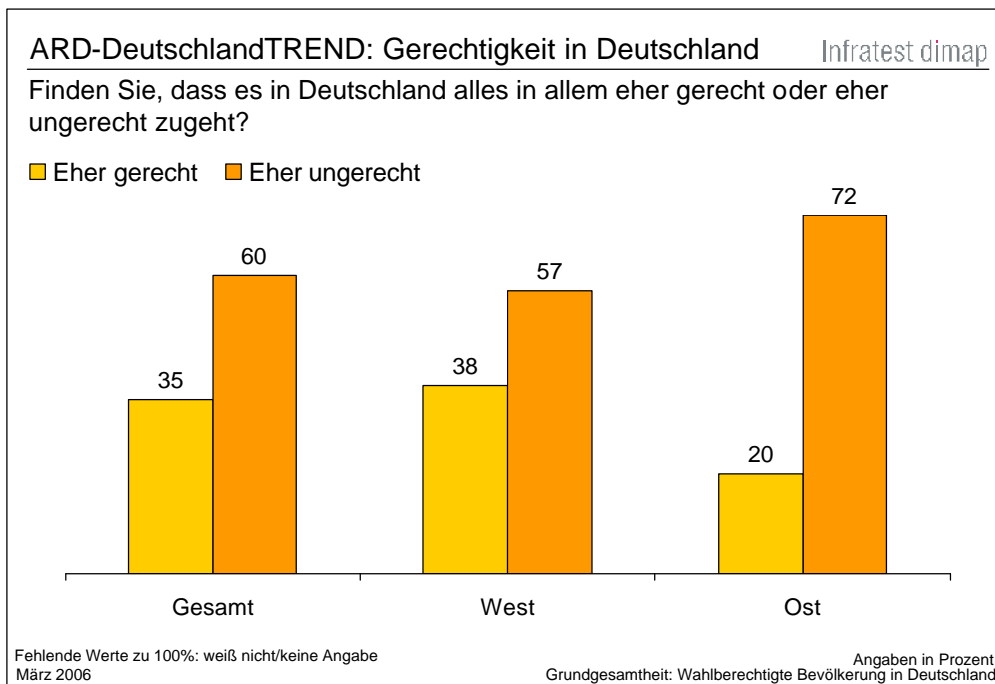
Die Arbeitskämpfmaßnahmen bei Ländern und Gemeinden halten 44 Prozent für berechtigt, während 54 Prozent dafür keine Rechtfertigung sehen. Etwas mehr Verständnis findet sich für die Streiks zur Durchsetzung höherer Löhne und Gehälter in der Metallindustrie. Sie sind nach Meinung von 48 Prozent angemessen, 50 Prozent halten sie für unberechtigt.



Die Streiks gegen längere Arbeitszeiten finden bei den Berufstätigen mit 46 Prozent praktisch nicht mehr Zustimmung als bei der Bevölkerung insgesamt. Auch bei den Streiks für höhere Einkommen fällt der Rückhalt bei den Erwerbstätigen mit 53 Prozent nur wenig stärker aus als im Durchschnitt. Ganz anders werden die Arbeitskampfmaßnahmen von den Gewerkschaftsmitgliedern beurteilt: Die Streiks im öffentlichen Dienst halten 69 Prozent von ihnen für gerechtfertigt, mit Blick auf die Streiks in der Metall- und Elektronikindustrie liegt der Wert bei 74 Prozent.

In Deutschland geht es ungerecht zu

Bei der Frage, ob es in Deutschland ganz allgemein eher gerecht oder eher ungerecht zugeht, haben die Bürger eine klare Meinung: Sechs von zehn Deutschen (60 Prozent) sehen die Verhältnisse im Land als ungerecht an. Nur ein gutes Drittel (35 Prozent) beschreibt die Situation als alles in allem gerecht.



In den neuen Bundesländern ist die Einschätzung deutlich kritischer als im Bundesschnitt: Knapp drei Viertel der Ostdeutschen (72 Prozent) schätzen die Lage in Deutschland als ungerecht ein, lediglich ein Fünftel beurteilt sie als gerecht (20 Prozent).